



März | Februar | Januar

[Pressemitteilungen im Abo](#)

## Regierungskoalition und CDU/CSU Fraktion verhindern rasche Entschädigung für Strahlenopfer der Bundeswehr und NVA

29.11.2001

*Zur namentlichen Abstimmung am 28. November 2001 über den Änderungsantrag der PDS zu Schadensersatz und Fürsorgeleistungen für ehemalige Angehörige der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee, die durch den Dienst an Radareinrichtungen schwer erkrankt sind bzw. für deren Hinterbliebenen, erklärt Uwe-Jens Rössel, Berichterstatter der PDS-Fraktion für den Verteidigungshaushalt:*



Soldaten und Zivilbeschäftigte der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee waren in den sechziger und siebziger Jahren erheblichen Strahlenbelastungen durch Röntgenstrahlung an Radargeräten ausgesetzt. Über tausend Soldaten und Radartechniker sind in Folge dieser Tätigkeit schwer erkrankt. Nicht wenige sind infolge dieser Radarstrahlung bereits gestorben. Bis in die siebziger Jahre wurden die in vergleichbaren zivilen Einrichtungen angewandten Sicherheitsstandards nicht eingehalten. Dieses Verhalten ist zumindest als grob fahrlässig einzustufen. Die PDS Fraktion verlangte in ihrem Antrag daher folgendes:

In Kapitel 1401 ist der Titel 443 01 "Fürsorgeleistungen und Unterstützung aufgrund der Unterstützungsgrundsätze" um 2.000 T.€ auf 4.600 T. € zu erhöhen.

In Kapitel 1401 ist ein neuer Titel 443 03 "Schadensersatz und Schmerzensgeld für ehemalige Soldaten und Zivilbeschäftigte der Bundeswehr, ehemalige Angehörige der Nationalen Volksarmee der DDR, die durch den früheren Dienst an Radareinrichtungen schwer erkrankt sind, bzw. für die Hinterbliebenen, der daran Verstorbenen" mit einem Betrag von 100.000 T. € einzustellen.

Dieser Änderungsantrag wurde in der gestrigen namentlichen Abstimmung von der Regierungskoalition und der CDU/CSU abgelehnt. Neben den Angehörigen der PDS-Fraktion stimmten auch alle anwesenden Abgeordneten der FDP-Fraktion für diesen Änderungsantrag. Während die Koalition sehr großzügig mit Beschaffungsprojekten der Bundeswehr umgeht und zum ersten Mal seit 1990 den Rüstungsetat real anwachsen lässt, verweigert sie sich gleichzeitig den überfälligen Entschädigungen für die Strahlenopfer. Die Regierungskoalition hat mit ihrer Ablehnung der Änderungsanträge der PDS eine Chance vertan, den Erkrankten und ihren Angehörigen - nach Jahrzehnten vergeblichen Kampfes - zumindest eine kleine Genugtuung zukommen zu lassen.

Die Ablehnung der CDU/CSU zeigt erneut, wie stark ideologische Vorbehalte in dieser Fraktion noch verwurzelt sind. Wie anders ist es zu verstehen, dass eine Stunde vor der namentlichen Abstimmung der verteidigungspolitische Sprecher der Union, Paul Breuer, die von der Bundesregierung unterlassene Hilfe gegenüber den Strahlenopfern noch als Grund für die Ablehnung des Verteidigungshaushaltes seitens CDU/CSU Fraktion angegeben hatte. Was will die CDU/CSU-Fraktion denn nun wirklich?

*V.i.S.d.P. ist das erklärende Mitglied des Bundestages.*

